

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 3 86 846 ppbn d

Inhalt

Michael Müller MdB und Karlheinz Maldaner ziehen Schlußfolgerungen aus der Bundestagswahl '87: Es gibt sie, die Mehrheit links der Mitte. Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB kommentiert das jüngste Parteispenden-Urteil des Bundesgerichtshofes: Amnestie durch die Hintertür gescheitert. Seite 4

Gerd Walter MdEP fordert die Bundesregierung auf, sich ein Beispiel an der Südafrika-Politik der USA zu nehmen: Wir brauchen eine Wende zum Realismus. Seite 5

Dokumentation
Der Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg hat in einer Bewertung des Wahlausgangs das Erfordernis betont, die SPD für „neue Schichten“ zu öffnen. Auszüge der Erklärung auf Seite 6

42. Jahrgang / 20

29. Januar 1987

Es gibt sie, die Mehrheit links der Mitte

Erste Schlußfolgerungen aus der Bundestagswahl '87

Von Michael Müller MdB und Karlheinz Maldaner

Der Verlust von über vier Prozent bei der CDU/CSU hat - zumindest in der Höhe und in der Flächendeckung bis nach Bayern hinein - überrascht. Ohne Zweifel haben die Unionsparteien einen ordentlichen Denksatz für ihre neokonservative Politik verpaßt bekommen. Deshalb kann man das Ergebnis der Bundestagswahlen '87 nicht als neuen Rechtsruck interpretieren - obwohl die 220.000 Stimmen für die NPD erschrecken und warnen - und obwohl der Stimmenanteil für die regierende Koalition zu hoch ist. Die Stimmengewinne bei FDP und bei den GRÜNEN müssen aber zu einem erheblichen Teil auch aus der zunehmenden Heftigkeit erklärt werden, mit der die FDP insbesondere gegenüber der CDU Streit und die GRÜNEN gegenüber den etablierten Parteien Opposition markiert haben.

Zweifelsohne sind die Doppelgesichtigkeit der FDP und die Vergeßlichkeit des Wählers das Geheimnis ihres Erfolges. Der Spagat zwischen der Vertretung harter Wirtschaftsinteressen und Gewerkschaftsfeindlichkeit einerseits und dem (vordergründig) liberalen innen- und ostpolitischen Mäntelchen andererseits spricht in manchen Gegenden über 15 Prozent der Bürger an. Klassische Rechte und auch „Neokonservative“ können das kaum sein, eher aufstiegsbetonte Mittelschichten, die sich in dem Wertedreieck Leistung-Individualität-Modernität/Weltoffenheit wiederfinden möchten. Mit dem Geschick, mit dem die FDP in den Medien ihr liberales Image in der Kronzeugenregelung, der Ostpolitik und im Streit mit Franz Josef Strauß lancieren konnte, hat die FDP in den letzten Wochen des Wahlkampfes erfolgreich in den Revieren der SPD gefischt.

Auch wenn noch so mancher Wertkonservative und vielleicht auch politische Anarchist, die ihr Kreuzchen nie bei der SPD machen würden, unter den GRÜNEN-Wählern sein mögen, so verdankt sich doch insgesamt der kräftige Zuwachs der GRÜNEN

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verzollungsfähig
mit dem Wert der Rohstoffe
Kochsalz-Papier



jenem Wählerpotential, das friedlichere und ökologischere Verhältnisse in dieser Republik erstrebt und dafür aber entschiedener Opposition als die SPD wünscht. Also ist ein beachtliches Stück „Fleisch von unserem Fleische“ (Johannes Rau) der SPD aus dem Leib gerissen worden.

Das führt zu der doppelten Schlußfolgerung: Wir würden uns sicher etwas vormachen, wenn wir SPD+FDP+GRÜNE im Ergebnis zusammenzählten und als neue Mehrheit rechneten; in den gegenwärtigen politischen Konstellationen sind diese Wahlpotentiale nicht zusammenzuführen. Andererseits aber bestätigt das Wahlergebnis, daß Willy Brandts Prognose einer möglichen Mehrheit „links von der Mitte“ realistisch ist; es gibt ein in das bürgerliche Lager hineinlappendes Mehrheitspotential, das sich betont von harter konservativer Politik distanziert. Die „Botschaft“ aus diesen Überlegungen lautet: Der Konservatismus ist besiegtbar - aber nicht so, wie es bei SPD (und GRÜNEN) bisher angelegt ist.

Es ist eine Niederlage der SPD, wenn sie hinter das Ergebnis von 1983 zurückfällt und außer einem positiven Ergebnis in Nordrhein-Westfalen in allen Ländern verliert. Das ist schon ein merkwürdiges Bild, wenn man sich Bayern, Baden-Württemberg, die Rheinschiene oder auch Hamburg ansieht: Während die CDU/CSU zum Teil bis zu sechs Prozent verliert auch die SPD zwei und mehr Prozent obendrein! Der Denktzettel für die Union schlägt nicht oder nur teilweise beim SPD-Konto zu Buche. Die Gründe müssen einer tieferen Analyse vorbehalten bleiben. Aber es gibt nach den ersten Wahlanalysen doch einige Plausibilität für vier Thesen:

- Für die konservativ-traditionellen Wähler war Kohl/Bangemann trotz allem attraktiver als die SPD.
- Für die Reformanhänger war die SPD noch nicht glaubwürdig genug.
- Für die Jugend war es keine „Botschaft“, „ein bißchen“ sozialer, friedlicher und ökologischer regieren zu wollen.
- In den Industrievierteln außer dem Ruhrgebiet wurden erstmals die GRÜNEN protestgewählt - vermutlich zielte der Protest auf die SPD ebenso wie auf die CDU.

Die Linke war bei dieser Wahl gespalten: Obwohl objektiv gesehen SPD und die GRÜNEN zum politischen Reformlager gehören, dominierten von beiden Seiten die politischen und grundsätzlichen Abgrenzungen. Entgegen dem Wunschenken so manches Linken standen (und stehen noch) hinter diesen Abgrenzungen sehr zugespitzte Konflikte und Bruchlinien in beiden Parteien. Sowohl bei der SPD wie auch bei den GRÜNEN sind die wechselseitigen Abgrenzungen - begründet oder nicht - dazu benutzt worden, innerparteiliche Zerreißen zu vermeiden oder sogar Abbröckelungs- oder Spaltungstendenzen zu verhindern. Die Gründe dafür, daß das Thema „Rot-Grün“ die Partei-Identität (gegenwärtig) in beiden Parteien bedroht, bestehen auch nach der Wahl fort. Irgendwelche „Koalitions-Huberei“ ist deshalb irreführend; erst müssen die politischen Widersprüche so diskutiert und bewegt werden, daß politisches Handeln möglich wird.

Der Zustand der Union beziehungsweise der regierenden Koalition ist instabiler geworden. Erstens wird über kurz oder lang die Position Kohls erneut zur Diskussion gestellt werden - und es ist keinesfalls sicher, daß nicht nach einer „härteren“ Persönlichkeit gerufen werden wird. Zweitens wird die Regierung in den nächsten Monaten in eine tiefe wirtschaftliche und Finanz-Krise mit einem Anstieg der Arbeitslosenziffer geraten, wofür sie mit ihren neokonservativen Konzepten keine Lösungen hat. Die dadurch ausgelösten Spannungen in der Union können Radikalisierungen und populistische Tendenzen zur Folge haben. Drittens regt das Wahlergebnis die CSU und Franz Josef Strauß erneut dazu an, über eine bundesweite Rechtspartei neben der CDU nachzudenken. Es gab noch nie eine Situation, in der die Verwirklichung dieses Gedankens so viel Nahrung bekommen hat.

Für die Frage, ob die SPD in den nächsten Jahren wieder in die 40 Prozent wachsen kann, sind - eine erfolgreiche Bundestagsfraktion unter Hans-Jochen Vogel vorausgesetzt - personelle Entscheidungen



und programmatische Zuspitzungen ausschlaggebend. Bis in die Regierungsjahre von Helmut Schmidt hatten wir den Zustand, daß politisch-inhaltlich die Partei der Fraktion „vorauslief“, was sicherlich zu Spannungen führte, weil die Fraktion in ihrem Sinn fürs „Machbare“ häufig kappte und bremste. Seit einigen Jahren aber haben wir eher die Situation, daß die Initiative von der Fraktion ausgehen und die glaubwürdige Umsetzung durch die Partei insgesamt hinterherhinken kann. Das kann deshalb besonders mißlich sein, weil naturgemäß die Fraktionsarbeit weniger „zum Anfassen“ ist, das heißt von der Behandlung in den Medien abhängt und oft für den Bürger und das Mitglied wenig konkret sein kann. Die Parteiorganisation muß inhaltlich und organisatorisch mehr Führungsqualitäten und Kampagnefähigkeit zeigen - im Hinblick auf die zentralen Zukunftsthemen: Wirtschaft und Technik, Ökologie, Bildung und gesamteuropäische Politik.

Bei den nun beginnenden Anstrengungen, durch Erfolge bei den anstehenden Landtagswahlen die Mehrheit im Bundesrat umzudrehen, wird sich - gegen unseren Willen und die politische Vernunft - vermutlich ein Thema in den Vordergrund schieben und zum Kriterium der SPD gemacht werden: die Frage, ob die SPD mit der FDP und/oder mit den GRÜNEN zusammengehen soll. Einige Medien werden schon das ihrige dazu tun, daraus die Alternative: Koalition mit Demokraten oder mit Systemgegnern zu machen. Die SPD muß auf diesen Konflikt mit der Konzentration auf Inhalte und Sachthemen reagieren. Es gilt, mit politischer Rationalität die Chancen und Risiken jeder Kooperation zu bewerten. Es gibt aber entscheidende inhaltliche Gründe, warum sich ein Richtungstreit nicht vermeiden lassen wird: Während es denkbar ist, daß es mit der FDP in einigen Ländern in innenpolitischen Bereichen Konsensfähigkeit gibt, ist dagegen für die SPD ein Arrangement mit den Positionen des Wirtschaftsrafen und der Anti-Gewerkschafts-Fronde unmöglich. Selbst wenn sich gemäßigte FDP-Vertreter in den Ländern finden würden, die die Lamsdorff-Bangemann-Linie nicht aggressiv vertreten, würde die SPD durch ein Arrangement mit der FDP in Fragen der Wirtschaftsreform (und damit weitgehend der Ökologie) und der Wirtschaftsdemokratie (Mitbestimmung) gelähmt; reformpolitisch blockiert und unglaubwürdig werden.

Kooperationsabsichten mit den GRÜNEN hingegen könnten nach fundierter inhaltlicher Auseinandersetzung und mit einigem Geschick dazu führen, Klärungsprozesse bei den GRÜNEN einzuleiten und die „Fundis“ weitgehend einflußlos zu machen, so daß in wichtigen Punkten SPD-Politik mehrheitsfähig gemacht werden könnte. Dieser Kooperationspartner könnte die SPD zwar treiben, muß aber kalkulierbar sein (was die Umfallerpartei FDP ja bis heute nicht ist). Die SPD würde von den GRÜNEN außerdem erwarten, daß sie ihre ständige Taktik der „Entlarvungsstrategien“ preisgeben und in politischen Sachfragen sich um mehr Seriosität bemühen. Wenn - so die These - die GRÜNEN in ihrer Mehrheit sozialdemokratische Grundbedingungen (Westbindung/NATO, Industriesystem, Gewaltmonopol des Staates, Parlamentarisches System) akzeptieren würden, dann kann mit ihnen sozialdemokratische Reformpolitik versucht werden, während im Zusammenhang mit der FDP die Sozialdemokratie immer eines wesentlichen Stücks ihrer Identität und politischen Gestaltungskraft beraubt würde.

Die SPD hat mit dem Nürnberger Programm die programmatische Grundlage für Reform- und Friedenspolitik heute und in der mittelfristigen Zukunft gelegt. Sicher kann und muß auch das Nürnberger Programm noch verbessert werden, und warum sollten wir uns vor Korrekturen scheuen. Aber keine andere Partei in der Bundesrepublik hat bislang ein Programm vorgelegt, das sich in Kompetenz und Reichweite, Realitätssinn und Radikalität, Glaubwürdigkeit und Kompromißbereitschaft mit dem Nürnberger Programm der SPD vergleichen ließe. Mehr noch als bisher, muß das aber in der Partei und beim Bürger ankommen, mutiger als bisher müssen wir uns mit und über das Nürnberger Programm auseinandersetzen. Viel deutlicher als bisher müssen wir darstellen, daß sozialdemokratische Reformpolitik für die Zukunft nicht aus einer x-beliebigen Anzahl von Einzelmaßnahmen besteht, sondern zusammenhängende Gesellschaftspolitik ist, damit nicht mit der einen Hand zerstört wird, was mit der anderen aufgebaut wurde. Es wird ja nicht nur darum gehen, 1991 zu gewinnen. Es wird auch darum gehen, bis dahin mehr Menschen zu mobilisieren, die einen Sinn darin sehen, sich mit der SPD politisch zu engagieren.

(-/29.1.1987/rs/ks)

Amnestie durch die Hintertür gescheitert

Zum jüngsten Parteispenden-Urteil des Bundesgerichtshofes

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die zahlungskräftigen Kreise aus Industrie und Wirtschaft, die in die Parteispendenaffäre verwickelt waren, haben sich nicht damit begnügt, zweimal einen vergeblichen Anlauf zugunsten einer gesetzlichen Amnestie für diese Steuerhinterziehungen zu starten.

Nachdem diese Versuche gescheitert waren, wurde alles in Bewegung gesetzt, um eine Amnestie durch die Hintertür zu erreichen: Selten ist in einer juristischen Frage soviel von interessierter Seite in Fachzeitschriften geschrieben worden, um laufende Verfahren zu beeinflussen. Gut bezahlte Anwälte gaben sich in juristischen Zeitschriften gegenseitig die Stichworte, um ein Sperrfeuer gegen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaften zusammenzubringen. Die Zahl der Äußerungen dieser Interessenten stand im umgekehrten Verhältnis zur Qualität ihrer Argumentation.

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat sich von den aufgefahrenen Geschützen der Wirtschaftslobby nicht beeindruckt lassen. In seiner gestrigen Entscheidung hat er die durchsichtige Argumentation der Amnestiebefürworter zurückgewiesen.

- Unternehmen können grundsätzlich nicht geltend machen, Parteispenden dienten betrieblichen Zwecken und seien deshalb als Betriebsausgaben abzugsfähig. Ein anderer Standpunkt hätte es Großindustriellen ermöglicht, ihre Finanzmacht zugunsten der ihnen nahestehenden Parteien einzusetzen und so die Grundsätze eines fairen, chancengleichen Wettbewerbs zwischen den politischen Parteien völlig außer Kraft zu setzen. Hätte der Bundesgerichtshof (BGH) gestern anders entschieden, so wäre dies auf eine staatliche Subventionierung der Korruption hinausgelaufen.
- Die Änderung des Parteiengesetzes im Jahre 1984, die großzügigere Regeln für Parteispenden vorsieht, hat nicht zu einer Straffreiheit für früher begangene Steuerhinterziehungen geführt. Für das Strafrecht ist das Steuerrecht maßgebend, das für den früheren Veranlagungszeitraum galt. Das Prinzip des milderen Gesetzes findet auf Steuergesetze keine Anwendung.
- Die Strafgerichte können auch über Steuerfragen selbständig befinden, ohne die Entscheidung der Finanzbehörden beziehungsweise Finanzgerichte über die Steuerforderungen abwarten zu müssen. Bei einem anderen Standpunkt wären erhebliche Verzögerungen in den strafgerichtlichen Verfahren eingetreten, die unter Umständen sogar zu einer Verjährung der Strafansprüche hätten führen können.

Es verdient Anerkennung, daß der Bundesgerichtshof trotz der massiven Beeinflussungsversuche im Gewande von juristischen Abhandlungen diese Rechtspositionen mit der gebotenen Klarheit vertreten hat.

(-/29.1.1987/rs/ks)



Wir brauchen eine realistische Südafrika-Politik

Bonn sollte sich ein Beispiel an Washington nehmen

**Von Gerd-Walter MdEP
Vorsitzender der SPD-Europasabgeordneten**

Eine Korrektur der Südafrika-Politik der Bundesregierung ist dringend geboten. Bonn sollte sich an den orientieren, die jetzt erneut ein Vorbild dadurch gegeben haben, daß ihr Außenminister Shultz den in Südafrika als Kommunisten verunglimpften Präsidenten des African National Congress (ANC), Oliver Tambo, am Mittwoch zu einer Aussprache empfangen hat. Dieser neue Schritt der USA ist eine überfällige Geste, die auch ausdrückt, daß die Vereinigten Staaten erkannt haben, wie man den Interessen und Idealen des freien Westens am besten in Südafrika dient.

Bundeskanzler Kohl soll in seiner Regierungserklärung und in den Koalitionsverhandlungen klipp und klar einen Kurs des Realismus gegenüber der Entwicklung in Südafrika einschlagen und die Bremsenrolle in der EG gegen die Entwicklung einer wirksamen Politik der raschen Überwindung der Apartheid und der Verwirklichung der vollen demokratischen und Bürgerrechte aufgeben.

Gerade im kirchlichen Bereich ist die janusköpfige Südafrika-Politik der Bundesregierung in den vergangenen Jahren zunehmend auf Unverständnis gestoßen. Mit Worten war der offizielle Teil der Bundesregierung, Kanzler und Außenminister, für eine Überwindung der Apartheid, in den Taten lag sie stets auf der Linie des Botha-Freundes und Neben-Außenministers Strauß. Sie blockierte nicht nur, sondern ließ es zu, daß weltweit der Eindruck entstand, sie beteilige sich an der Ausrüstung von Südafrikas Marine mit U-Booten. Jetzt ist ein deutliches Zeichen notwendig. Bundesaußenminister Genscher sollte umgehend Oliver Tambo empfangen, um die neue Südafrika-Politik einzuleiten!

Die neue Politik Bonns und der EG gegenüber Südafrika sollte sich an den Beschlüssen des US-Kongreß orientieren, die die EG bislang ignoriert:

- Verbot des Imports südafrikanischer militärischer Güter,
- Verbot des Imports von südafrikanischen Gütern aus staatlicher oder halbstaatlicher Produktion,
- Verbot des Exports von Computern nach Südafrika,
- Verbot von Krediten an Regierungseinrichtungen Südafrikas,
- Einstellung des direkten Luftverkehrs zwischen Südafrika und der EG und Aussetzung der Landerechte für die südafrikanische Fluglinie,
- Verbot des Handels mit nuklearem Material und nuklearer Technologie oder nuklearen Komponenten,
- Verbot von Einlagen südafrikanischer offizieller Einrichtungen bei deutschen Banken,
- Verbot der Einfuhr von Uran, Kohle und Textilien aus Südafrika,
- Beendigung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Südafrika,
- Verbot direkter oder indirekter Kaufverträge mit südafrikanischen Staatsgesellschaften,
- Verbot der Förderung des Tourismus nach Südafrika,
- Verbot der Einfuhr von Agrarprodukten aus Südafrika,
- Verbot des Exports von Rohöl und Erdölprodukten,
- Verbot der Kooperation mit den Streitkräften Südafrikas,
- Verbot des Imports von Zucker.

(-/29.1.1987/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

SPD Baden-Württemberg: Partei für „neue Schichten“ öffnen

Der Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg hat in einer Bewertung des Wahlausgangs das Erfordernis betont, die SPD für „neue Schichten“ zu öffnen. Wir dokumentieren zentrale Passagen der Erklärung.

„Weiter so, Deutschland!“ hat keine Zukunft. Die SPD hat in der Schlußphase des Bundestagswahlkampfes auf „Umdenken und Erneuern“ gesetzt. Die SPD hatte zu wenig Zeit für die notwendige programmatische Erneuerung und soziale Öffnung der Partei für neue Schichten im Angestellten- und Dienstleistungsbereich.

Die SPD muß noch deutlicher herausarbeiten, daß sie nicht nur erkannt hat, daß die ökologische Frage eine politischer Herausforderung darstellt, wie die soziale Frage am Anfang dieses Jahrhunderts, sondern daß gerade auch die baden-württembergische SPD die Partei ist, die für diese Frage die Lösungskompetenz erarbeitet hat. Die SPD wird angesichts der Umweltkrise auf die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft weiter drängen. Dazu brauchen wir die Qualifikation und die Kompetenz der Facharbeiter, Techniker und Ingenieure. Nicht mit dem schwarzen und auch nicht mit dem grünen Fundamentalismus werden die ökonomischen, die ökologischen und die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen bewältigt werden, die nun angesichts eines sich abzeichnenden Abschwungs und der sich verschärfenden internationalen Handelsauseinandersetzungen notwendig sind.

Zu meistern sind diese Herausforderungen nur mit einer sozialdemokratischen Reformpolitik, die noch über das Konzept Arbeit und Umwelt hinausgehen muß. Die SPD darf sich in Zukunft nicht mehr formal von den GRÜNEN abgrenzen, sondern sie muß die inhaltliche Auseinandersetzung suchen. Die SPD steht gerade in den Großstädten in einem harten Wettbewerb mit den GRÜNEN. Die Verbreiterung der sozialen Basis der SPD in den Metropolen, die wir in Baden-Württemberg begonnen haben, muß jetzt bei uns, aber vor allem auch durch die Bundespartei mit noch mehr Nachdruck betrieben werden.

Für Baden-Württemberg werden unterhalb der Oberfläche ebenfalls interessante Veränderungen sichtbar: Die CDU hat im Ländervergleich in Baden-Württemberg mit 5,9 Prozent die größten Verluste einstecken müssen. Die SPD hat mit 1,8 Prozent soviel verloren, wie sie im Durchschnitt bundesweit ohne Nordrhein-Westfalen abgeben mußte. Die FDP hat nach Hamburg und Schleswig-Holstein in Baden-Württemberg mit drei Prozent am meisten zugelegt. Die GRÜNEN haben nach Bremen (+ 4,8) und Hessen (+ 3,9) in Baden-Württemberg den 3. besten Zuwachs erreicht.

Alarmierend ist die Tatsache, daß nun auch in Baden-Württemberg die Rechte ein Potential gefunden hat. Allein die NPD hat mit über 54.000 Stimmen ihren Anteil von 0,3 auf ein Prozent erhöht. Offensichtlich haben die Gewinne der SPD von der CDU nicht ausgereicht, um die Zweitstimmenverluste an die GRÜNEN und, neben der Auseinandersetzung Strauß/Genscher, auch an die FDP wettzumachen. Die CDU hat damit in Baden-Württemberg das schlechteste Ergebnis seit 1961 erzielt. Es steht jetzt fest, daß in Baden-Württemberg das CDU-Monopol zu brechen ist. Die Menschen haben ohnehin etwas gegen Monopole. Es ist im Interesse des Landes, wenn die CDU-Herrschaft nach über 15 Jahren gebrochen wird. Übermacht macht übermütig und führt zu Filz und Ämterpatronage. In die politischen Mehrheitsverhältnisse in Baden-Württemberg ist jetzt deutlich sichtbar Bewegung gekommen.

Die SPD wird ihre inhaltlichen Positionen für die Landtagswahl bestimmen und auf dieser Grundlage in einen Dialog mit allen Kräften darüber eintreten, wie diese Positionen in Regierungsverantwortung durchgesetzt werden können. Die Koalitionsfrage wird am Ende dieser programmatischen Diskussion stehen.

(-/29.1.1987/rs/ks)

* * *

